



Protokoll des Einwohnerrats

XIII. Legislaturperiode 2020 - 2024

6. Sitzung vom 22. März 2021

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.00 – 21.05 Uhr

Leitung: Stephan Appenzeller (Präsident)

Anwesend: 38 Mitglieder

Entschuldigt: Ralph Büchelin, Bettina Wölnerhanssen

Verspätet:

Präsident:

Stephan Appenzeller

Protokoll:

Linda Gerstner

Begrüssung und Mitteilungen des Präsidenten

Präsident Stephan Appenzeller, SP begrüsst alle herzlich zur heutigen Einwohnerratssitzung. Ganz besonders begrüsst er alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, die Mitglieder des Gemeinderats und den Gemeindepräsidenten, den Verwaltungsleiter, Linda Gerstner, die das Protokoll erstellt und die Abstimmungsanlage bedient, die beiden Herren der Medien, die anwesenden Mitarbeitenden der Verwaltung und die Mitarbeitenden der Polizei, die die Anwesenden heute in Zweierformation beschützen. Das eine ist ein neuer Polizist, der im März begonnen hat, welchen er ganz speziell begrüsst.

Bevor die Traktandenliste in Angriff genommen wird, möchte der Votant die üblichen Corona-Regeln in Erinnerung rufen. Alle Anwesenden tragen Masken, nicht wie am Wochenende in Liestal. Wer kein Mikrophon an seinem Platz hat, wird gebeten, das Rednerpult zu benützen und die paar Schritte als willkommene Auflockerung und Bewegungsintermezzo zu nutzen. Die Sitzung wird wieder auf Tonband aufgenommen und auf der Webseite aufgeschaltet, damit die Einwohnerinnen und Einwohner und auch sonst alle, die sich für die Binninger Politik interessieren, mitverfolgen können, was hier verhandelt wird. Er hat sich erlaubt, im Büro die Frage zu stellen, ob man dies nicht auch in Zukunft nach Corona so beibehalten möchte. Es gäbe etwas mehr Transparenz in der Kommunalpolitik.

Entschuldigt sind Ralph Büchelin, SP, und Bettina Wölnerhanssen, Grüne. Zwei Ratsmitglieder fehlen noch, damit sind zu Beginn der Sitzung 36 Einwohnerratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr liegt bei 19.

Neue Vorstösse (Tischvorlagen)

Nr. 40, Interpellation St. Siegel, SVP: Meinungs- und Informationsfreiheit

Nr. 41, Interpellation B. Fankhauser, SVP: Der Zolli will endlich das Baselbiet erobern: Binninger Jugendhaus muss weichen

Nr. 42, Anfrage L. Jehle, SP: Blumenstrasse als Durchgangsstrasse?

Nr. 43, Postulat H. Steffen, SVP: Öffentlichkeitsarbeit und externe Beraterkosten

Nr. 44, Anfrage K. Müller, SP: Muss das Jugendhaus dem Zolli weichen?

Nr. 45, Anfrage B. Büschlen, Grüne: Abschränkung/Baustelle vor Post/Haltestelle

Nr. 46, Postulat Grüne/EVP-Fraktion: Begrünung Hauptstrasse

Nr. 47, Anfrage S. Keller, SVP: Werkhofstelle - Eine Chance für Sozialhilfebeziehende

Nr. 48, Anfrage R. Büchelin, SP: Ewige Baustelle Postgebäude Baslerstrasse

Der Präsident informiert, alle fünf Anfragen wurden vom Gemeinderat schriftlich beantwortet. Die Antworten wurden heute gegen Mittag vermailt und liegen zusätzlich als Handout auf den Tischen auf. Die mündliche Beantwortung am Schluss der Sitzung kann somit entfallen. Die Interpellationen und Postulate werden an einer der kommenden Einwohnerratssitzungen behandelt. In diesem Zusammenhang möchte der Redner in Erinnerung rufen, dass das Büro bereits vor einiger Zeit auf den Gemeinderat zugegangen ist mit der Anregung, Anfragen nach Möglichkeit nicht mündlich, sondern auch einmal schriftlich zu beantworten. Dies besonders in komplexen Fällen, die mündlich nur schwer zu vermitteln sind, und in Fällen, bei denen an Sitzungen besonders viele Anfragen vorliegen. Dies war ein Wunsch von Mitgliedern des Einwohnerrats, da es manchmal schwierig ist, am Schluss der Sitzung noch den minutiös formulierten Beantwortungen von fünf Anfragen zu folgen.

Das war vor einem halben Jahr. Der Einwohnerratspräsident hat bereits damals informiert, dass das Büro dem Gemeinderat diese Anregung mitgegeben hat. Der Gemeinderat hat dies nun geprüft und sich dafür ausgesprochen, nicht nur Anfragen nach Möglichkeit schriftlich zu beantworten sondern in Zukunft auch alle Interpellationen. Die Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte haben bereits am Freitag Antworten auf die drei heute traktandierten Interpellationen erhalten. Der Gemeinderat wird die Antworten zukünftig sogar rechtzeitig mit dem Versand der Einwohnerratsunterlagen verschicken. Das Büro würdigt die Verbesserungen ausdrücklich. Es ermöglicht nicht nur, die Sitzungen straffer zu gestalten, vor allem bleibt bei Interpellationen, bei denen eine mündliche Diskussion verlangt wird, mehr Zeit für

die inhaltliche Debatte der Vorstösse. Dies erlaubt dem Einwohnerrat, die Arbeit auf das Wesentliche, das Inhaltliche und Politische zu fokussieren. In diesem Sinn möchte sich der Präsident auch noch persönlich beim Gemeinderat bedanken, dass er hier Hand geboten hat.

Präsident Stephan Appenzeller, SP möchte zudem über ein an den Einwohnerrat eingegangenes Schreiben informieren. Es gehört zum Usus, dass das Plenum darüber informiert wird. Er erhielt Ende Februar ein Schreiben einer Anwohnerin als Vertreterin der Anwohnergruppe der Blumenstrasse, die sich Sorgen macht bezüglich der Absicht, die Blumenstrasse mit einer neuen Brücke an den Schafmattweg anzuknüpfen. Sie hat den Präsidenten zuhänden des Einwohnerrats informiert, dass die Anwohner dem Gemeinderat auch eine Petition zu diesem Thema eingereicht haben. Der Redner hat das Schreiben entgegengenommen, verdankt und nach Rücksprache mit der zuständigen Gemeinderätin Caroline Rietschi darüber informiert, wie der politische Prozess zu erwarten ist. Das Geschäft wird auf jeden Fall, spätestens wenn es um den Baukredit geht, hier im Einwohnerrat behandelt und es wird eine politische Debatte dazu stattfinden können. Bereits in der heutigen Sitzung ist eine erste Anfrage zu diesem Thema eingegangen.

Bereinigung der Traktandenliste

://: Die Traktandenliste wird gutgeheissen.

Traktandenliste	Geschäft Nr.
1. Genehmigung des Protokolls vom 07.12.2020	
2. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.03.2021 Teilrevision Gemeindeordnung Geschäftskreisführung: Mike Keller	37
3. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.03.2021 Teilrevision Finanzreglement Geschäftskreisführung: Eva-Maria Bonetti	38
4. Antrag des Büros des Einwohnerrats vom 02.03.2021 Beschaffung von zusätzlichen Mikrofonen für den Ratsbetrieb	36
5. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 01.12.2020 Schlussabrechnung Anschaffung Pionierfahrzeug Feuerwehr Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	164/XII
6. Antrag des Gemeinderats vom 16.02.2021 Interpellation D. Zimmermann, FDP: APH Schlossacker – Was ist da los? Geschäftskreisführung: Barbara Jost	24
7. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.03.2021 Postulat D. Zimmermann, FDP: Neuzeitliches Parkraum-Konzept mit vorhandenen Infrastrukturen Geschäftskreisführung: Caroline Rietschi	25
8. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 02.03.2021 Postulat CVP/glp-Fraktion: Streetworkout-Anlage in Binningen Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger	26

- | | | |
|-----|---|----|
| 9. | Antrag des Gemeinderats vom 16.02.2021
Interpellation L. Sutter Rehmann, Grüne: Situation von geflüchteten Menschen in Binningen
Geschäftskreisführung: Mike Keller | 27 |
| 10. | Antrag des Gemeinderats vom 02.02.2021
Interpellation St. Siegel, SVP: Vandalismus
Geschäftskreisführung: Daniel Nyffenegger | 29 |
| 11. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.02.2021
Interfraktionelles Postulat: Revision des Alterskonzepts der Gemeinde Binningen
Geschäftskreisführung: Barbara Jost | 33 |
| 12. | Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 23.02.2021
Interfraktionelles Postulat: Bonus für besondere Kita-Leistungen
Geschäftskreisführung: Barbara Jost | 35 |
| 13. | Diversa | |

Traktandum 1

Genehmigung des Protokolls vom 07.12.2020

Keine Wortmeldungen.

BESCHLUSS

://: Das Protokoll wird genehmigt.

Traktandum 2

Nr. 37

Teilrevision Gemeindeordnung

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Christoph Maier, FDP möchte namens der FDP-Fraktion zum vorliegenden Geschäft Stellung nehmen. Er hat sich vorbereitet und geschaut, dass er mit den 5 Minuten Redezeit auskommen wird, bittet aber um etwas Nachsicht. Der Votant wird zu Geschäft Nr. 37 Stellung nehmen und beantragt, dieses gleichzeitig mit Geschäft Nr. 38 zu behandeln, welches im Wesentlichen eine Ausführung des Geschäfts Nr. 37 ist.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP weist darauf hin, dass die Traktandenliste bereits unverändert genehmigt wurde. Er fände es sinnvoll, wenn der Rat im Sinn des Antrags unter Traktandum 2 auch Punkte von Traktandum 3 mitdiskutieren und an Schluss einfach getrennte Abstimmungen vornehmen würde. So wurde dies auch im Büro vorberaten.

Christoph Maier, FDP erscheint dieses Vorgehen sinnvoll. Er wird in seinem Eintretensvotum nicht zwischen den beiden Geschäften unterscheiden und auch kein separates Eintretensvotum zu Geschäft Nr. 38 halten. Dies führt ebenfalls zu einer Effizienzsteigerung. Vor knapp 4 Monaten am 7. Dezember 2020 an der letzten Einwohnerratssitzung – Ja, das war wirklich die letzte Einwohnerratssitzung. Der Rat hat sich im aktuellen Jahr noch nicht gesehen. – wurde die dringliche Motion überwiesen und heute legt der Gemeinderat bereits die entsprechende Teilrevision der Gemeindeordnung (GO) vor. Hier darf man dem Gemeinderat einmal lobend ein Kränzchen winden. Es zeigt sich bei dieser Vorlage beispielhaft, wo ein guter Wille besteht, kann es schneller gehen. Als Parlamentarier wünscht man sich eine solche schnelle Behandlung natürlich öfter. Sachlich ist klar, die Anpassung des bisherigen Paragraphen 41 der GO ist notwendig, um das umfangreiche Investitionsprogramm in Planung des Gemeinderats im Umfang von mehr als 180 Millionen Franken in den nächsten 15 Jahren überhaupt zu ermöglichen.

In einer ersten Beurteilung kommt die FDP zu folgendem Schluss: Man geht von einem Schuldenverbot zu einer Defizitbremse, nicht von einer Schuldenbremse zu einer Defizitbeschränkung. Es scheint ihm wichtig, dass man in den Begrifflichkeiten Klarheit hat. Heute besteht effektiv ein Schuldenverbot und es soll neu eine Defizitbremse eingeführt werden. Auf die Bezeichnung kommt es an. Der Betrachtungswinkel verschiebt sich von der Bilanz zur Erfolgsrechnung. Das ist spätestens seit der Einführung von HRM2 der sachlich richtige Weg. Statt des Selbstfinanzierungsgrads wird nun die langfristig ausgeglichene Erfolgsrechnung Massstab der gesunden Gemeindefinanzen. Der langfristig ausgeglichene Gemeindehaushalt ist bereits die kantonal vorgegebene Zielsetzung. Mit der Defizitbremse stellt die Gemeinde sicher, dass die Ziele auch in Binningen mit anspruchsvollen Herausforderungen zu erreichen sind.

Der gewählte Mechanismus mit qualifiziertem Mehr für die Ablehnung von Budgetmassnahmen und die Beibehaltung des qualifizierten Mehrs für Steuerfussänderungen ist sachgerecht und vergleichbar mit der heutigen reglementarischen Grundlage. Aus Sicht der Fraktion bleiben aber noch Fragen zu klären. Insbesondere: Taugt der Mechanismus der Defizitbremse, der die Gemeinde als Modell des Kantons Uri übernehmen möchte, auch in einem kommunalen Umfeld? Funktionieren die vorgeschlagenen Parameter beim Gemeindehaushalt Binningen? Ist es sinnvoll, das Defizit bei maximal 3 Prozent der Fiskalbeiträge und die Ausgleichspflicht beim Finanzüberschuss bei kleiner 25 Prozent der Fiskalerträge festzulegen? Macht es Sinn, 8 Jahre Durchschnitt für die Ausgleichsbetrachtung anzuwenden und Steuer-senkungen erst bei einem Ertragsüberschuss von über 6 Prozent festzuhalten? Verfügt die Rechnung der Gemeinde Binningen über genügend Spielraum mit den ungebundenen Ausgaben, die als Manövrier-masse bei den Massnahmen vorausgesetzt wird, damit der Gemeinderat überhaupt die Möglichkeit hat, Massnahmen vorzuschlagen, die zu einer ausgeglichenen Rechnung führen?

Dies sind Fragen, die geklärt werden müssen. Wenn der Gemeinderat im Budgetjahr keine Steuerfuss-anpassung vorschlagen darf und ungenügende oder sehr unbeliebte Massnahmen vorschlagen würde, verschiebt sich dann der Antrag auf Steuererhöhung einfach auf das nächste Jahr? Das ist noch nicht klar. Der Gemeinderat sagt in seinem Fazit, die Steuerung verlagere sich weitestgehend in die unterjäh-rige Geschäftsberatung. Das wirft natürlich die Frage auf: Wie wird sichergestellt, dass die Abschreibun-gen aus den Investitionen als Hauptkostentreiber der Erfolgsrechnung zukünftig nur in einem tragbaren Umfang wachsen? Um Überraschungen beim Budget zu vermeiden, sollte der Gemeinderat aus Sicht der FDP bei jeder referendumsrelevanten Investitionsvorlage, ihre Auswirkungen auf die Erfolgsrech-nung und den Finanzplan darlegen und dabei jeweils einen Vorfinanzierungsanteil von mindestens 60 Prozent erreichen. Die 60 Prozent sind ungefähr der Anteil, den der Gemeinderat beim Schulcampus Dorf vorschlägt. Für die Unterschreitung des Vorfinanzierungsanteils wäre aus Sicht der Fraktion eine qualifizierte Mehrheit erforderlich. Der vollständige Verzicht auf finanzpolitische Instrumente, wie sie der Gemeinderat vorschlägt, sollte aus Sicht der FDP auf die Berechnung der Quote des Eigenkapitals beschränkt bleiben. Die finanzpolitischen Instrumente sollten im Gegenteil eher gestärkt als abge-schwächt werden.

Der Votant kommt zu seinen Schlussvoten. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist daher auf das Geschäft einzu-treten und dieses in eine vorberatende Kommission zu überweisen. Es scheint sachgerecht und ist si-cher effizient, dass die Kommission, die sich bisher intensiv mit dem Finanzreglement, der Schulden-bremse und den Investitionsvorhaben der Gemeinde beschäftigt hat, auch die Vorberatung des vorlie-genden Geschäfts zusammen mit dem nächsten Geschäft, Teilrevision Finanzreglement, übernimmt. Das ist die Spezialkommission Immobilien-Strategie. Ganz zum Schluss muss der Redner noch eine Be-merkung anbringen. Er möchte darauf hinweisen, dass es grosse politische Anstrengungen über alle Parteigrenzen bedarf, um diese wichtige Revision auf den Weg zu bringen. Er appelliert an alle Seiten, sich bei diesem Vorhaben lösungsorientiert einzubringen. Nur wenn es die Anwesenden im Einwoh-nerat schaffen, sich zu einem vernünftigen Kompromiss durchzuringen, wird es in diesen schwierigen Zei-ten gelingen, auch den Stimmbürger von der Notwendigkeit dieser Revision zu überzeugen. Sollte man dies nicht hinbekommen, kommt es zu einer finanzpolitischen Blockade in Binningen.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP weist darauf hin, dass er auch bei den nächsten Red-neren grosszügig mit der Redezeit sein wird.

Simone Abt, SP äussert, was ihr Vorredner vielleicht etwas strapaziert habe, werde sie grosszügig ein-sparen. Dies ist aber auch nicht schwer nach dem belehrten Kollega Maier. Er hat bereits tiefgehend erörtert, um was es in dieser Vorlage alles geht. Die SP hat sich intensiv mit der Vorlage auseinanderge-setzt. Sie bittet darum, keine falschen Schlüsse aus der Kürze ihres Votums zu ziehen. Die Fraktion liess sich das Geschäft auch kompetent erläutern und hat bis auf ein paar Fragen, die sie noch stellen wird, verstanden, um was es geht. Sie nimmt das Fazit gleich vorweg. Die SP erachtet die Vorlage grundsätz-lich als gute Grundlage, die geeignet scheint, die jetzigen, auch auf mehrere Jahre angelegten Binninger

Investitionsprobleme zu lösen. Richtig und wichtig wird sein, dass dies sorgfältig vorgeprüft wird. Dazu wird sie aber zum Schluss ihres Votums kommen.

Die SP begrüsst genau wie die FDP, dass das Zweidrittelmehr als Hürde erhalten bleibt. Es wird Binnigen vor Schnellschüssen und Zick-zack-Kursen schützen. Das ist gut so. Man wird sich finden müssen, das ist ebenfalls gut so. Sie glaubt auch, dass die Tatsache, dass man sich finden muss, eine Stärke der Vorlage ist. In der Fraktion kam die Frage auf: Wie machen wir das eigentlich? Was sind die Massnahmen, die der Gemeinderat vorschlagen kann? Ist dies eine Art Haushaltsüberprüfung (HÜP)? Nein. Es wird kein HÜP geben, denn der Einwohnerrat wird sich nicht mit diesem «Pipifax» auseinandersetzen müssen resp. dürfen. Das begrüsst die SP grundsätzlich. Die Votantin geht davon aus, es sei den meisten Anwesenden in schlechtester Erinnerung, wie sich der Rat jeweils durch diese Vorlage gequält habe. Mit einem sehr geringen Erfolg, da wird man sich einig sein. Sie haben sich überlegt: Gebührenerhöhungen, Leistungsreduktionen, Effizienzsteigerungen. Alles denkbar, alles zu diskutieren. Und was passiert, wenn man sich nicht findet? Dann heisst es, der Einwohnerrat und nicht der Gemeinderat beschliesst über Steuererhöhungen oder Steuersenkungen, diese sind wahrscheinlich weniger umstritten und werden von allen befürwortet, wenn es möglich ist. Was geschieht, wenn der Einwohnerrat dies nicht beschliessen möchte? Das sind alles sehr interessante Abläufe. Die Rednerin ist aber der Ansicht, es sei eine Chance. Machtwörter werden schwieriger zu sprechen sein.

Die Votantin kommt noch einmal zum Thema Überweisung. Die Fraktion spricht sich ebenfalls für eine Überweisung in eine Kommission aus und zwar sowohl dieser Vorlage, wie auch der folgenden. Sie wird sich dazu nicht nochmals separat äussern. Das Päckchen sollte nicht auseinandergerissen werden, selbst wenn die eine Vorlage nur die Umsetzung der anderen ist. Die SP ist nicht für Überweisung an die Spezialkommission (Spezko) Immobilien-Strategie. Sie ist der Meinung, die Spezko Immobilien-Strategie musste sich bereits mit einigen Themen relativ sachfremd auseinandersetzen. Sie hat den Auftrag erhalten. Die Rednerin gibt niemandem die Schuld, er habe sich falsch eingemischt. Sie ist aber der Meinung, man müsse hier langsam anfangen, wieder Ordnung zu schaffen und diese Vorlage nun an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission überweisen und zwar nicht als Geschäftsprüfung, sondern als Rechnungsprüfung. Dafür ist die GRPK nämlich ebenfalls zuständig. Dies ist in Binnigen in einem Topf in dieser grossen Kommission. Daher ist es die richtige Kommission dafür. Es werden sich auch dort Leute finden, die sich gut mit der Thematik auseinandersetzen können. Sie ist überzeugt, dass es sogar gewisse Synergien aus der Spezko Immobilien-Strategie geben wird. Es scheint ihr der richtige Ort, dieses Geschäft anzusiedeln und sie bittet den Einwohnerrat, sich zu überlegen, ob er wirklich nochmals über die Spezko Immobilien-Strategie, die eigentlich einen anderen Auftrag hat, fahren will, oder ob man nicht in die geordneten und logisch zuzuordnenden Bahnen der Geschäfte zurückkommen möchte.

Es ist immer noch eine Spezialsituation. Aber die Votantin ist der Ansicht, es sei der Moment gekommen, wo man sagen sollte: «Das macht nun die Kommission, wo es auf der Hand liegt, dass sie es machen sollte.» Das ist die Rechnungsprüfungskommission. Daher ihr Antrag: Die SP ist für Eintreten und wünscht eine Überweisung an die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission als Rechnungsauftrag.

Stephan Siegel, SVP erläutert, der Gemeinderat stelle mit der Teilrevision der Gemeindeordnung ein Verschuldungsmechanismus vor, der fast ausschliesslich negative Folgen für die Gemeinde Binnigen hat. Der Mechanismus ermöglicht einmalig höhere Ausgaben mit der Folge, dass die Gemeinde für immer und ewig einen Schuldenberg mit sich trägt. Dieser Schuldenberg nimmt der Gemeinde und der nächsten Generation jeglichen Handlungsspielraum. Es sollen im grossen Stil Schulden gemacht werden mit der Annahme, dass man sich ein Defizit leisten kann und die Zinsen auch in Zukunft tief sind. Darum geht es nicht. Schulden sind noch nicht bezahlte Steuern. Schulden müssen zurückbezahlt werden. Es gibt nichts gratis. Wie die meisten Staatskörper dieser Welt, wenn sie einmal anfangen, sich zu verschulden, wird Binnigen für immer und ewig eine Schuldenlast mit sich tragen und dann nie abbauen.

Zum Timing: Aufgrund der Pandemie verschulden sich Bund und Kanton in hohem Mass. Die finanziellen Belastungen der Bürger können nicht isoliert auf Gemeindeebene betrachtet werden. Es sind die gleichen Steuerzahler, die auch die Schulden des Bundes zurückzahlen müssen. Mit diesem Mechanismus werden die Kompetenzen des Einwohnerrats drastisch reduziert. Der Einwohnerrat kann bei der Budgetberatung nur noch das Gesamtpaket des Gemeinderats akzeptieren und bei Ablehnung die Steuern erhöhen. All das mit Zweidrittelmehrheiten. Wenn die Zweidrittelmehrheiten nicht erreicht werden, gelten die Massnahmen des Gemeinderats. Dezidierte Vorfinanzierungen und die finanzpolitische Reserve soll es so nicht mehr geben. Der Gemeinderat verfügt über die ganzen Reserven. Dieser Mechanismus ist demokratiehemmend. Der Einwohnerrat wird abgeschwächt. Er kann dann noch über Tablets für Einwohnerräte diskutieren. Mehr nicht.

Der Mechanismus erhöht die Steuern. Der Grossteil der Ausgaben im Haushalt ist vorgegeben. Wenn die Investitionen einmal getätigt sind, bleibt ausser Steuererhöhungen keine Alternative. Man sieht es in den Unterlagen sowie im Finanzplan, dass der Gemeinderat die Steuern erhöhen will. Dies obwohl Binningen genügend Steuereinnahmen zur Wahrnehmung der Gemeindeaufgaben, die höchsten Steuereinnahmen pro Kopf und absolut die zweithöchsten Steuereinnahmen im ganzen Kanton hat, mehr als zwei ganze Baselbieter Bezirke zusammen. Die Steuern werden nur gesenkt, wenn die Gemeinde in Zukunft Überschüsse erzielt und spart. Also nie. Denn wenn jetzt nicht gespart werden kann, dann auch in Zukunft nicht. Die SVP bevorzugt, dass Geld angespart und dann ausgegeben wird, was man sich leisten kann. Das Modell stammt von einem Kanton mit potenziell mehr Einnahmequellen. Binningen ist eine Gemeinde mit fast ausschliesslich Steuereinnahmen von natürlichen Personen. Somit passt dies nicht. Wie lösen dies andere Gemeinden?

Wenn wir uns schon mit Kantonen vergleichen: Andere Staatskörper wie z.B. der Kanton Zug senkt jetzt Steuern, um die Bevölkerung von den Folgen der Pandemie zu entlasten. Für die Fraktion ist nicht akzeptierbar, dass der Gemeinderat als erstes mit einem solchen Vorschlag kommt. Er hat keine Kostensenkungsbemühungen unternommen. 180 Mio. Franken Projektbedarf werden nicht priorisiert, nicht reduziert und als feste Tatsache kommuniziert. Um die vorhandenen Reserven ausgeben zu können, gibt es andere Möglichkeiten als den vorliegenden Vorschlag. Wer vom Investitionsstau spricht, lenkt vom eigenen Versagen ab. Wenn während des Staus Geld gespart worden wäre, wäre es nun vorhanden. Aber das wurde nicht gemacht. Daher stellt die SVP den Antrag auf Rückweisung des Geschäfts mit dem Auftrag, die Gemeindeordnung zu revidieren mit Ausnahme des Paragraphen 41.

Der Präsident erklärt, der Antrag auf Rückweisung sei ein Ordnungsantrag. Er lässt die Eintretensdebatte inkl. des Votums des Gemeinderats aber noch weiterlaufen, da es wichtig ist, um sich ein Bild vom Umfang der Rückweisung zu machen.

Andrea Alt, CVP spricht dem Gemeinderat und der Verwaltung namens der CVP/glp ihren Dank für die Ausarbeitung der Vorlage aus. Das meiste sind redaktionelle Änderungen, aber es geht vor allem auch um den Paragraphen 41. Grundsätzlich begrüsst die Fraktion die Ablösung der bestehenden Schuldenbremse. Binningen stehen viele wichtige und unumgängliche Investitionen bevor. Diese sind sehr kostspielig und können nicht alleine mittels Erspartem oder aus der laufenden Rechnung bezahlt werden. Es muss eine tragbare und mehrheitsfähige Lösung gefunden werden, die der gesamte Rat bereit ist zu tragen. Die vorgeschlagene Lösung scheint dies zu erfüllen. Sie möchte sich an dieser Stelle aber nicht in den Details der Vorlage verlieren. Diese Diskussion, die hoffentlich mit einem offenen Visier stattfinden wird, überlässt auch die CVP/glp der Kommission. Wie bereits gehört, gibt es noch offenen Fragen. Diese Beratung soll zügig voranschreiten.

Die Fraktion ist der Meinung, dass es zum jetzigen Zeitpunkt nicht sinnvoll ist, ein wichtiges und dringend notwendiges Bauvorhaben wie z.B. das Schulhaus am Standort Dorf zu verzögern oder gar zu verhindern. Der Bedarf für den Schulraum ist mehr als gegeben und sollte nun zügig abgedeckt werden. Die CVP/glp würde es ausserordentlich bedauern, wenn das Projekt aufgrund der hohen Kosten für die wei-

teren Bauvorhaben rund um den Dorfplatz vom Volk abgelehnt werden würde. Sie möchten auch keine weiteren Investitionen verhindern. Aber sie sind der Meinung, nun sei der Zeitpunkt, das grosse Ganze in Augenschein zu nehmen. Aus diesem Grund erachtet die Fraktion es als dringend notwendig, einen Blick auf die gesamten geplanten Investitionen zu werfen, sich ein Gesamtbild zu machen und genau hinzuschauen, wo Synergien möglich sind und wie diese bestmöglich genutzt und umgesetzt werden können. Es braucht jetzt dringend eine Übersicht über alle geplanten Investitionen der kommenden 15 Jahre und vor allem wie sich das Kostenpaket von 180 Mio. Franken zusammensetzt und wo allenfalls Einsparungen möglich sind. Dafür braucht es einen Austausch aller Parteien/Fraktionen, aber auch zwischen Gemeinderat und Einwohnerrat, sodass sich letztendlich – und das wäre wirklich wünschens- und erstrebenswert – alle gemeinsam hinter eine Lösung stellen können und sich die vielen geplanten Investitionen sinnvoll und auch für unsere Nachkommen noch finanziell tragbar umsetzen lassen.

Thomas Schwarb, Grüne dankt dem Gemeinderat namens der Grünen/EVP ausserordentlich für die gemachten Recherchen und die Ausarbeitung der Vorlage. Sie können die Auslegeordnung im Bericht gut nachvollziehen und finden die Erläuterungen und die Präsentation sehr hilfreich. Einige Elemente möchten die Fraktion herausstreichen, ohne dabei den Fokus zu verlieren und dies gleich mit dem Bundes- und Kantonshaushalt zu kombinieren. Wie in allen Bereichen hat sich in der Rechnungslegung in der jüngeren Vergangenheit einiges geändert. So ist es heute in der Privatwirtschaft wie auch in den Gemeindewesen zumindest legal nicht mehr möglich, Rechnungen zu schönen oder sonst irgendwie zu manipulieren. In der Schweiz hat sich in den Kantonen und Gemeinden das harmonisierte Rechnungsmodell Version 2 etabliert. Dieses erlaubt eine zuverlässige Beurteilung der finanziellen Situationen der jeweiligen Gemeindewesen. Ausserdem hat der Kanton im Gemeindegesetz festgelegt, dass die Gemeinden einen ausgeglichenen Finanzhaushalt haben müssen. Im negativen Fall müssen sie einen Plan vorlegen, wie sie innerhalb von 5 Jahren die Defizitsituation beheben. Einen Schuldenberg kann man sich dabei gar nicht erlauben, resp. es ist nicht möglich, einen solchen anzuhäufen. D.H. eigentlich würde bereits der gesetzliche Rahmen, den die Gemeinden heute haben, keine Defizitwirtschaft zulassen.

Die heutige Vorschrift, dass alle Investitionen in wenigen Jahren selbstfinanziert sein müssen, stellt daher eine unnütze zusätzliche Einschränkung dar, die keinen Sinn mehr macht. Hätte man in der Privatwirtschaft solche Vorschriften, würden die meisten Firmen kollabieren. Auf jeden Fall könnten sie nicht konkurrenzfähig wirtschaften. Im privaten Bereich würde es auch kaum oder nur noch sehr wenige Eigenheimbesitzer geben, wenn alle ihr Haus oder ihre Wohnung in Kürze zu 100 Prozent finanzieren müssten. Das Gleiche gilt für die Gemeindewesen mit dieser Vorschrift. Sie können notwendige und sinnvolle Vorhaben nicht umsetzen, selbst dann nicht, wenn sie jedes Jahr Überschüsse erzielen. Der vorgeschlagene Mechanismus, mit welchem sofort auf ein Defizit reagiert wird, ist zweckmässig, führt zu einem ausgeglichenen Haushalt, erfüllt die gesetzlichen Erfordernisse und ermöglicht gleichzeitig sinnvolle Investitionen. Die Fraktion ist daher für Eintreten, folgt dem Antrag des Gemeinderats und stimmt der Genehmigung der Teilrevision der Gemeindeordnung direkt zu. Dies auch unter Beachtung des Zeitdrucks, weil das ganze Vorhaben noch einer Volksabstimmung unterstellt werden muss. Falls die Mehrheit des Einwohnerrats eine andere Meinung hat und eine Kommissionsberatung wünscht, schlagen die Grünen/EVP eine Überweisung an die Spezko Immobilien-Strategie vor. Dies aber nur, weil dort derzeit das Finanzreglement beraten wird. Wenn das Geschäft an die GRPK überwiesen werden würde, hätte man die Arbeit doppelt, was den Prozess möglicherweise unnütz verzögern würde.

Gemeindepräsident Mike Keller, FDP möchte sich ganz herzlich für die konstruktive Aufnahme dieses Geschäfts bedanken. Er hat mehrheitlich positive Rückmeldungen zur Lösung gehört, aber auch kritische Gedanken und Überlegungen. Das findet der Votant auch richtig so. Mit diesem Geschäft, mit der vorgeschlagenen Anpassung des Artikels 41 stellt die Gemeinde Binningen ihre Gemeindeordnung, die sich viele Jahre bewährt hat, auf neue Beine. Es gibt eine neue Ausgangslage und man sucht nach einer neuen Lösung. Es wurde gesagt: Binningen befindet sich in einer wunderschönen Situation. Die Gemeinde verfügt über ein tolles Steuersubstrat, ist heute nahezu schuldenfrei und hat eine tolle Perspektive. Das Handicap: Die heutigen Spielregeln geben uns nicht die Möglichkeit, auch grössere Investitionen in den

nächsten Jahren so umsetzen zu können. Der Gemeindepräsident begrüsst es, die Gelegenheit kritisch und konstruktiv zu nutzen und im Rahmen einer Kommissionsarbeit miteinander die bereits gestellten Gedanken oder auch weitere Fragen zu diskutieren. Denn alles, was man nun miteinander klären, anschauen und wovon man sich zum Schluss hoffentlich auch überzeugen kann, ist der richtige Weg, wenn man vors Volk will. Das geht nur, wenn man mehrheitlich dahinterstehen und auch die Bevölkerung mit auf den Weg nehmen kann. Es geht nicht darum, einfach einen Weg zu suchen, wie man kontinuierlich die Steuern erhöhen kann. Es geht auch nicht darum, dass man das Gefühl hat, man müsse aus Binningen etwas komplett Neues machen. Sondern es wird ein Weg gesucht, der uns die Möglichkeit gibt, mit gesetzten Spielregeln in Zukunft die eine oder andere grössere Investition zu tätigen.

Zur Erneuerung in Binningen darf man sagen, dass in den letzten 10 Jahren nicht allzu viel Grosses in Binningen realisiert wurde. Es gibt einen gewissen Bedarf in verschiedener Hinsicht. Es wird ein Weg gesucht, um weiterhin eine attraktive Gemeinde zu bleiben, sowohl steuertechnisch wie aber auch vom Angebot, den Dienstleistungen und der Infrastruktur. Aus diesem Grund fände es der Votant toll, wenn es die Möglichkeit gäbe, das Geschäft in einer Kommission miteinander anzuschauen, um auch die heute gestellten Fragen dort im Detail anzuschauen.

ABSTIMMUNG

Rückweisung: 7 JA / 29 NEIN / 2 Enthaltungen (vgl. Anhang, Abstimmung 01)

://: Die Rückweisung des Geschäfts wird abgelehnt.

WEITERFÜHRUNG GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne macht darauf aufmerksam, es seien Voten gefallen, dass das Finanzreglement eigentlich nicht in die Spezko Immobilien-Strategie gehöre. Das ist nicht ganz richtig. Im Geschäft Nr. 108 hat der Gemeinderat fünf Anträge gestellt, u.a. «Der Einwohnerrat nimmt den Finanzplan 2034 zur Kenntnis.» und «Der Einwohnerrat genehmigt die Teilrevision des Finanzreglements.». Dies wurde an die Spezko Immobilien-Strategie überwiesen. Zudem wurde die Spezialkommission so zusammengesetzt, dass GRPK- und BPK-Mitglieder dabei sind. Dies einfach zur Klärung. Die Teilrevision des Finanzreglements wurde bereits an die Spezko Immobilien-Strategie überwiesen und in der Spezko sind Mitglieder der GRPK vertreten. Sie wurde extra so zusammengesetzt. Die Votantin bittet darum, das Geschäft in die Spezialkommission Immobilien-Strategie zu überweisen.

Simone Abt, SP kann nicht anders, als nochmals dagegen zu halten. Das Geschäft gehört nicht in die Spezko Immobilien-Strategie. Die Rednerin weiss, was die Spezko alles macht und findet bereits jetzt, dass sie ein ziemlich seltsames Pflichtenheft hat. Die Kommission hat schon Zeit damit verbracht, über ihren eigenen Auftrag nachzudenken. Sie bittet die Anwesenden, das ohnehin komplexe Geschehen in dieser Spezko nicht noch zu vermehren, indem man noch ein Geschäft hinzugibt, sondern dies nun effektiv etwas auseinander zu nehmen. Es hat keinen Sinn, dass sich die gleichen Personen über alles, von der Planung über die Finanzierung bis zur Gemeindeordnung, beugen müssen. Wir haben keine Spezialkommission für alles. Es ist eine Spezialkommission Immobilien-Strategie, die sollte bei ihren Leisten bleiben dürfen. Es ist nicht einmal ein Müssen, sie sollten es auch dürfen. Die Votantin ist der Ansicht, diese Spezko habe schon genügend um die Ohren. Daher spricht sie sich gegen eine Überweisung in die Spezko aus. Es gibt gewisse Überschneidungen bei den Mitwirkenden, das heisst der Fluss ist gesichert.

Thomas Hafner, CVP gesteht, er war anfänglich auch für eine Überweisung in die GRPK. Er musste sich nun aber umorientieren. Seiner Meinung nach spielt es eigentlich gar keine Rolle, in welche Kommission das Geschäft überwiesen wird. Wichtig scheint ihm, dass man zum Schluss ein gutes Resultat erhält. Wenn sich die Spezko bereits so tief damit befasst hat – er ist der Ansicht, die Personen aus der Spezko seien ja praktisch alle auch in der GRPK –, dann findet er den Vorschlag gar nicht so schlecht. Wenn man

das Ganze in einer 15er-Kommission auseinandernehmen muss, das sei einmal dahingestellt. Dem Redner scheint der Zweidrittelmechanismus aber noch wichtig. Was ihn in der Vorlage des Gemeinderats etwas stört, ist – vielleicht hat er es auch falsch verstanden –, der Zweidrittelmechanismus wie wir ihn heute kennen, ist ein Vorteil des Einwohnerrats. Wenn man aber auf die Vorlage telquel eingehen würde, so wie sie formuliert ist, dann würde das Parlament den Vorteil des Zweidrittelmehr aus der Hand geben zugunsten des Gemeinderats. Er ist der Ansicht, das müsse man sich gut überlegen. Dann möchte er der rechten Ratsseite noch einen Wink geben. Der Redner würde es begrüßen, wenn auch die SVP versuchen würde, hier konstruktiv mitzuarbeiten. Früher oder später braucht es eine Änderung. Binnigen wird mit der heutigen Gesetzgebung keine Investition vornehmen können, die eine gewisse Höhe überschreitet. Schlussendlich will man ja gewisse Sachen neu anschaffen, ob das zum Schluss 30 oder 35 Mio. Franken oder etwas mehr kostet. Im Moment können wir das nicht.

Marc Schinzel, FDP findet, die Diskussion, die der Rat jetzt führt und die durchaus spannend ist, zeige, dass das Geschäft sehr wohl in eine Kommission gehört. Sein Vorredner hat einen Punkt angesprochen, den der Votant selbst auch festgestellt hat. Er muss es gar nicht werten, aber es ist effektiv so, dass sich mit dem Zweidrittelmehr, welches es braucht, um die Beschlüsse des Gemeinderats zu übersteuern, das Gewicht etwas verschiebt zu Ungunsten des Einwohnerrats. Er fände es gut, wenn dies in einer Kommission detailliert beraten werden könnte und man sich profund damit auseinandersetzen würde. Im Gegensatz zu Simone Abt ist der Redner der Ansicht, die Spezko Immobilien-Strategie brauche neue Mandate. Sie lechzt danach. Er appelliert an die Anwesenden, der Kommission diese Aufgabe zu übertragen und das Geschäft an die Spezko Immobilien-Strategie zu überweisen.

ABSTIMMUNG

Dem Präsidenten liegen drei Anträge vor. Antrag auf Direktberatung ohne Überweisung in eine Kommission, Antrag auf Überweisung in die GRPK und Antrag auf Überweisung in die Spezko Immobilien-Strategie. Er lässt zuerst über die Kommissionsüberweisung abstimmen und danach, falls eine Kommissionsüberweisung gewünscht wird, darüber, in welche Kommission es überwiesen werden soll.

Überweisung in eine Kommission: 18 JA / 15 NEIN / 4 Enthaltungen (Abstimmung 02)

Überweisung in GRPK vs. Spezko Immobilien-Strategie (Abstimmung 03):

Überweisung in GRPK: 7 JA

Überweisung in Spezko Immobilien-Strategie: 24 JA

7 Enthaltungen

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in die Spezialkommission Immobilien-Strategie überwiesen.

Traktandum 3

Nr. 38

Teilrevision Finanzreglement

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP fragt die Anwesenden, ob Bedarf nach weiteren Eintretensvoten bestehe. Dies scheint nicht der Fall zu sein.

ABSTIMMUNG

Die SVP verzichtet auf Nachfrage auf einen Rückweisungsantrag. Da die SP die Geschäfte «Teilrevision Gemeindeordnung» und «Teilrevision Finanzreglement» nicht in verschiedenen Kommissionen beraten möchte, hält sie nicht weiter an ihrem Antrag auf Überweisung in die GRPK fest. Damit stimmt der Rat direkt über den Antrag auf Überweisung des Geschäfts in die Spezko Immobilien-Strategie ab.

Überweisung in Spezko Immobilien-Strategie: 26 JA / 10 NEIN / 2 Enthaltungen (Abstimmung 04)

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird in die Spezialkommission Immobilien-Strategie überwiesen.

Traktandum 4

Nr. 36

Beschaffung von zusätzlichen Mikrofonen für den Ratsbetrieb

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Präsident Stephan Appenzeller, SP legt dar, es handle sich beim vorliegenden Geschäft um einen Antrag des Einwohnerratsbüros und nicht des Gemeinderats. Im Büro wurde im Dezember der Wunsch geäußert, zusätzliche Mikrofone zu beschaffen mit dem Ziel, dass jedes Mitglied des Einwohnerrats über ein eigenes Mikrofon verfügt und nicht nur jedes zweite. Das erlaubt einmal in Zeiten von Pandemien das Schutzkonzept stringenter durchzuziehen. Es vermeidet auch, dass ein Teil der Ratsmitglieder für das Votum am Platz sitzen bleiben kann, andere müssen zum Rednerpult nach vorne kommen. Es ist eine gewisse Ungleichbehandlung, die man damit vermeiden könnte. Letztlich macht es auch Sinn, dass man die Mikrofone für mögliche andere Anwendungen innerhalb der Gemeinde hat. Mangels eigener Finanzkompetenz hat das Büro nur eine Offerte einholen lassen und beschlossen, den Beschaffungsentscheid von rund 26 600 Franken dem Rat vorzulegen. Das Büro hat jedoch darauf verzichtet, eine explizite Abstimmungsempfehlung abzugeben. Dies wollte man den Fraktionen überlassen.

Jürg Blaser, SVP macht klar, die SVP lehne den Kauf von zusätzlichen Mikrofonen einstimmig ab. Sie ist der Meinung, dass es für Einwohnerratsmitglieder ohne Mikrofon zumutbar ist, aufzustehen und vom für diese Zwecke bereit gestellten Rednerpult zu sprechen. So werden alle Schutzmassnahmen im Zusammenhang mit Corona eingehalten. Dass die politische Diskussion unter der jetzigen Situation leiden soll, ist nicht nachvollziehbar. Schliesslich scheint der Fraktion der Anschaffungspreis von 27 000 Franken als sehr hoch angesetzt. Es liegt nur eine Offerte vor, die zudem Ende Februar abgelaufen ist. Es würde die Partei interessieren, ob nur eine Offerte eingeholt worden ist oder ob die Möglichkeit abgeklärt wurde, ob solche Mikrofone auch gemietet oder geleast werden können. Es ist davon auszugehen, dass die Corona-Situation spätestens Ende 2021 überwunden ist, sprich wieder mit der gewohnten Sitzordnung und den vorhandenen Mikrofonen gearbeitet werden kann.

Daniel Setz, FDP äussert, die FDP habe das Geschäft besprochen und werde ihm einstimmig zustimmen. Die politische Diskussion im Rat ist wichtig. Es geht um die Meinungsfindung und darum zu debattieren.

Die Fraktion hat festgestellt, dass seit ca. einem Jahr – seitdem die Einwohnerratsmitglieder an Einzeltischen sitzen –, die Meinungsbildung und das Debattieren eigentlich nur von Personen gemacht wird, die ein Mikrofon vor sich auf dem Tisch haben. Das war auch heute der Fall. Bisher ist noch niemand aufgestanden. Der Redner hat das Gefühl, es gebe sicher Leute, die sich gerne äussern würden, sich aber sagen, es ist vielleicht doch nicht so wichtig und sich dann nicht melden. Es scheint ihm wichtig, dass sich jeder äussern kann. Es ist ein stolzer Preis, das muss man sagen. Die FDP ist aber der Ansicht, es sei ein Muss, damit der Rat so funktionieren kann, wie er soll.

Beatrice Büschlen, Grüne informiert, nicht wirklich begeistert, aber doch als notwendig akzeptiere die Grüne/EVP die Anschaffung von zusätzlichen Mikrofonen. Der gesundheitlich richtige Schutz ist der Fraktion wichtig. Sie rechnet mit einer längeren Phase, in welcher die Schutzmassnahmen die Anwesenden noch begleiten werden. Was sie etwas erstaunt, ist die Höhe der Installationskosten von 21 Mikrofonen. Bei einem Stundenansatz von 120 Franken wären das 10 Stunden Arbeit. Die Grünen/EVP bitten die Verwaltung, diese Kosten nochmals abzuklären. Die Fraktion spricht sich für die Genehmigung des Kredits aus und dankt für die Abklärungen.

Bettina Benthaus, SP erläutert, die SP habe sich ebenfalls mit dieser Beschaffung auseinandergesetzt und sei gespalten. Einerseits ist der Vorschlag des Büros toll, da der manchmal zähe Ratsbetrieb so nicht noch durch Wartezeiten, bis jemand zum Mikrofon nach vorne und wieder zurückgegangen ist, künstlich in die Länge gezogen wird. Also eine Effizienzsteigerung. Zudem könnten die Mikrofone zusätzlich auch vermietet werden und in Zeiten von Corona ist es sicher aus hygienischen Gründen zu begrüssen, dass keine zusätzliche Zirkulation stattfindet. Andererseits ist Corona hoffentlich auch wieder einmal vorbei und die Anwesenden sitzen wieder zu zweit an einem Tisch. Dann ist es wahrscheinlich nicht nötig oder sogar störend, wenn man zu zweit jeder ein Mikrofon vor sich stehen hat und man hätte einfach viel zu viele Mikrofone. Die Mikrofone sind zudem kabellos und können problemlos nach hinten gereicht werden, wenn man sein Votum beendet hat und weiss, der Fraktionskollege in der Reihe dahinter möchte noch etwas sagen. Wer sich äussern möchte und in den nächsten Geschäften Fraktionssprecher ist, weiss dies ja. Dann kann man das Mikrofon auch weitergeben. Bezüglich der Anmerkung von Daniel Setz, dass sich alle melden können, entgegnet die Votantin, vielleicht sei es auch eine Effizienzsteigerung, dass momentan nicht alle etwas sagen. Kurz und gut: Die SP hat Stimmfreigabe beschlossen.

Thomas Hafner, CVP bedankt sich namens der CVP/glp bei der Verwaltung für den vorliegenden Bericht und die zugehörige Offerte. Eine Anschaffung von zusätzlichen Mikrofonen war ein Wunsch aus dem Einwohnerratsbüro. Wenn es der ausdrückliche Wunsch eine Mehrheit des Einwohnerrats ist, die zusätzlichen 21 Mikrofone für ca. 27 000 Franken anzuschaffen, wehrt sich seine Fraktion nicht dagegen. Niemand kann sagen, wie lange der Zustand mit dem Corona-Virus noch präsent ist und wie lange die Anwesenden im Rat noch mit dem Schutzkonzept, den unpersönlichen Masken und allem Drumherum ausharren müssen. Die CVP/glp kann sich den momentanen Betrieb wie bisher auch noch für den Rest dieser Zeit vorstellen. Es wird hoffentlich eine Zeit kommen, da wird dieser Spuk vorbei und die zusätzlichen Mikrofone nicht mehr notwendig sein. So könnte es zu einer unnötigen Investition werden. Ob die Mikrofone später je wieder gebraucht werden können, entzieht sich der Kenntnis der Fraktion. Sie findet, ob die zusätzlichen Mikrofone notwendig sind, soll jedes Mitglied im Einwohnerrat für sich selbst und mit seiner Gesundheit vereinbaren und entsprechend abstimmen. Die CVP/glp möchte, dass sich alle Einwohnerratsmitglieder im Rat wohl fühlen und hat Stimmfreigabe beschlossen.

Der Präsident versucht einige der gestellten Fragen zu beantworten. Warum wurden nicht mehrere Offerten eingeholt? Das Büro hat die Verwaltung gebeten, die Offerte einzuholen. Da es sich um eine Erweiterung einer bestehenden Installation handelt, hat es den Mitgliedern des Büros eingeleuchtet, diese dort zu beschaffen, wo man sie liefern und in das bestehende System installieren kann. Es wurde nicht in Erwägung gezogen, Alternativ-Offerten bei anderen Anbietern einzuholen. Miete oder Leasing wurde nicht in Erwägung gezogen. Das wurde nicht geprüft und war auch nicht Auftrag. Bezüglich der

Frage von Beatrice Büschlen hat Verwaltungsleiter Christian Häfelfinger dem Votanten zugesagt, abzuklären, ob die Installationskosten etwas runtergehandelt werden können.

ABSTIMMUNG

Beschaffung zusätzliche Mikrofone: 20 JA / 12 NEIN / 6 Enthaltungen (Abstimmung 05)

BESCHLUSS

://: Der Einwohnerrat genehmigt einen Kredit für die Beschaffung von 21 zusätzlichen Mikrofonen für den Ratsbetrieb in der Höhe von 27 000 Franken (inkl. 7.7% MWST).

Traktandum 5

Nr. 164/XII

Schlussabrechnung Anschaffung Pionierfahrzeug Feuerwehr Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Susanna Keller, SVP erwähnt, die SVP habe die Schlussabrechnung für das Pionierfahrzeug angeschaut. Die Fraktion nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der vom Einwohnerrat bewilligte Kredit unterschritten wurde und stimmt der Schlussabrechnung zu.

Karin Glaser, Grüne teilt mit, ihre Fraktion sei auch hoch erfreut, dass der Kredit mit einem recht hohen Betrag unterschritten wurde. Dafür wurden nun Mikrofone gekauft. Auch wenn das Fahrzeug bereits wiederholt an den Absender zurück musste, hofft die Votantin sehr, dass dies Garantiefälle waren und keine zusätzlichen Kosten generiert wurden. Die Grünen genehmigen die Schlussabrechnung.

Marc Schinzel, FDP signalisiert, die FDP-Fraktion schliesse sich der ausgedrückten Freude der Vorrednerinnen an. Die Fraktion ist erfreut, dass die Rechnung so gut ausfällt und dankt dem Gemeinderat und insbesondere dem zuständigen Gemeinderat Daniel Nyffenegger, dass der Kredit um 70 000 Franken unterschritten werden konnte. Das sind good News. Die FDP wird der Genehmigung der Schlussabrechnung zustimmen.

Erik Schellenberg, SP äussert, auch die SP habe das Geschäft angeschaut. Es ist erfreulich, dass der Kostenrahmen eingehalten und sogar noch etwas eingespart werden konnte. Die Fraktion spricht sich für Genehmigung der Abrechnung aus.

Thomas Hafner, CVP macht es kurz, da alles gesagt wurde. Auch die CVP/glp freut sich, dass der Kostenrahmen sogar unterschritten werden konnte und dankt dem zuständigen Gemeinderat. Die Fraktion war zudem erfreut, dass das alte Fahrzeug, wie bei der Vorlage der Offerte angekündigt, zurückgegeben werden konnte und dass auch die Gebäudeversicherung ihren Anteil geleistet hat. Somit wird die CVP/glp die Schlussabrechnung mit Freude bewilligen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bedankt sich für die positiven Rückmeldungen.

ABSTIMMUNG

BESCHLUSS

://: Die Schlussabrechnung für die Anschaffung des Pionierfahrzeuges der Feuerwehr Binningen wird genehmigt.

Traktandum 6

Nr. 24

Interpellation D. Zimmermann, FDP: APH Schlossacker – Was ist da los?

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP verweist darauf, dass die vorliegende Interpellation vom Gemeinderat schriftlich beantwortet wurde. Er übergibt das Wort daher direkt an den Interpellanten für seine Kommentierung und einen allfälligen Antrag auf Diskussion.

Interpellant Daniel Zimmermann, FDP dankt dem Gemeinderat für die schriftliche Beantwortung der Interpellation. Er hat keine weiteren Fragen und benötigt auch keine Diskussion.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 7

Nr. 25

Postulat D. Zimmermann, FDP: Neuzeitliches Parkraum-Konzept mit vorhandenen Infrastrukturen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Daniel Zimmermann, FDP möchte sich auch für dieses Geschäft beim Gemeinderat bedanken. Es ist gelungen, im Text das Gedankengut und den richtigen Zeitpunkt zu vermitteln, wann der Gemeinderat die Chance erhält, im Rahmen von verschiedenen Projekten das Postulatsanliegen des Redners anzuschauen. Es scheint ihm in den erläuterten raumplanerischen Überlegungen, die der Gemeinderat mit auf den Weg schickt, sicher vernünftig, dies aufzunehmen, zu diskutieren und letztlich auch zu prüfen. Anschliessend wird das Geschäft nochmals dem Rat vorgelegt. Dann kann das Parlament darüber diskutieren, ob es sinnvoll ist. Aber, dass man die Chance im Zusammenhang mit der Hauptstrasse nutzt, scheint ihm richtig. Der Votant bedankt sich für die Aufnahme des Postulats.

Roman Oberli, SVP teilt mit, die SVP lehne die Überweisung dieses Postulats ab. Grundsätzlich findet der Votant es richtig, wenn man die Parkplatzsituation in Binningen verbessern kann. Aber anstatt ein Parkleitsystem einzuführen, könnte der Gemeinderat auch einfach aufhören, bei jeder Gelegenheit Parkplätze abzubauen. So würden die Leute nämlich effektiv einen Parkplatz finden und man müsste nicht weiter unnötig Geld ausgeben. Er möchte an dieser Stelle nochmals daran erinnern, dass der Gemeinderat bereits 180 Mio. Franken ausgeben und auch die Steuern erhöhen will. Wenn der Gemeinderat so viele Parkplätze schaffen würde, wie er Geld ausgeben möchte, bräuchte es das Postulat gar nicht.

Peter Bertschi, EVP findet es namens der EVP/Grünen sinnvoll, das ganze Parkraumkonzept neu anzuschauen und insbesondere zu prüfen, ob in Hinblick auf die vielen laufenden Projekte eine Optimierung erreicht werden kann. Wenn immer möglich ist die Fraktion der Meinung, dass Parkplätze unter den Boden und nicht auf die Strasse gehören, damit im freien Raum Grünzonen und Begegnungsräume geschaffen werden können. Die Grünen/EVP werden das Postulat an den Gemeinderat überweisen.

Erik Schellenberg, SP nimmt namens der SP erfreut zur Kenntnis, dass auf der anderen Ratsseite ein Umdenken stattgefunden hat. Seine Fraktion ist ebenfalls der Ansicht, dass leerstehende Parkplätze ein Übel sind und auch nicht rentieren. Der SP ist bewusst, dass man diese flexibel nutzen möchte. Dies bedingt aber das Einverständnis und die Mitarbeit aller Beteiligten, vor allem auch der Privaten. Die strengen Vorgaben für die erforderlichen Parkplätze kommen nicht von irgendwo, sondern sind vom Kanton verordnet. Die Fraktion begrüsst ausdrücklich, dass der Regierungsrat die Absicht hat, die Gemeinden dies selbst regeln zu lassen und dass man hier eine bessere Lösung finden kann. Die SP spricht sich für eine Überweisung des Postulats aus.

Felix Gerber, glp bedankt sich herzlich für das konstruktive Postulat. Die Fraktion ist der Ansicht, dass die Parkraumbewirtschaftung ein sehr wichtiges Gestaltungsinstrument ist, mit welchem die Gemeinde auf vielen Ebenen Positives bewirken kann. Mit einer guten Parkraumbewirtschaftung kann die Sicherheit in den Quartieren verbessert, der Zugang zum lokalen Gewerbe effizienter gestaltet, Lärm und Abgase in den Quartieren reduziert und – ganz wichtig für Binningen – wertvoller öffentlicher Raum und Boden zurückgewonnen und für wertvollere Nutzungen gewonnen werden. Zudem ist die Bewirtschaftung von Parkraum ein ganz wichtiges Instrument, um das Mobilitätsverhalten der Anwohnenden und Durchreisenden zu beeinflussen. Im Postulat wurde das Thema E-Mobilität angesprochen. Der Redner hat den Eindruck, es zeichne sich ab, dass in mittelfristiger Zukunft alle Autos elektrisch betrieben sein werden. Die Gemeinde muss sich daher unbedingt schon heute Gedanken machen, wie sie in einem adäquaten Ausmass Ladeinfrastruktur zur Verfügung stellen kann. Und noch wichtiger: Wie kann man diese intelligent mit lokaler Stromproduktion z.B. mit Solaranlagen auf gemeindeeigenen Bauten oder auf Häusern von Privaten vernetzen.

Ein anderer wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Mobilitätssteuerung ist, dass man mit einem Parkraumkonzept auch einen wichtigen Schritt zur Förderung nachhaltiger Mobilitätsformen zum Öffentlichen Verkehr und zum Langsamverkehr machen sollte. Der Votant findet, die Gemeinde Binningen habe eine privilegierte Lage mit ihrer Stadtnähe und könnte hier eine Vorreiterrolle einnehmen. Wenn man ehrlich ist: Jemand der in Binningen wohnt, in der Region arbeitet, hier einkauft und seine Freizeit verbringt, braucht dazu kein Auto. Familie Hauri hier im Rat macht dies schon seit vielen Jahren in bewundernswerter Weise vor. Mittlerweile scheint dies auch bei vielen anderen angekommen zu sein. Der Redner kennt in seinem Umfeld nicht mehr viele Personen, die den Anspruch oder Wunsch nach ressourcenintensivem Individualverkehr haben. Damit ein solches Denken gefördert werden kann, müssen Alternativen angeboten werden. Die Alternative wird ein flexibler Zugang zu nachhaltiger Mobilität sein. Zum einen beinhaltet dies natürlich Infrastruktur für Fahrräder. Wenn man von Parkplätzen spricht, so benötigen auch Velos Parkplätze. Es werden vor allem genügend überdachte Parkplätze benötigt, so dass es für alle angenehm wird, das Fahrrad zu benutzen. Dann geht es um den Öffentlichen Verkehr. Da kann man mit Parkplätzen nicht allzu viel machen. Der dritte Punkt ist der Zugang zu modernen Car Sharing-Möglichkeiten. Hier kann man den Blick über die Grenze z.B. nach Weil am Rhein richten. Mit «My E-Car» kann jeder Mann und jede Frau zu jeder Zeit ein Elektro-Auto ausleihen, wenn dies einmal nötig sein sollte.

Zusammenfassen bleibt zu sagen: Die Parkraumbewirtschaftung ist ein spannendes Instrument, mit welchem man auf Gemeindeebene vielseitige Hebel ansetzen kann. Die CVP/glp möchte das Postulat daher unbedingt überweisen und freut sich auf eine mutige und innovative Umsetzung.

Gemeinderätin Caroline Rietschi, SP bedankt sich für die mehrheitlich positive Aufnahme des Geschäfts und die kreativen Ideen. 180 Mio. Parkplätze. Das wäre interessant. Sie wüsste nicht, wo man überall expandieren und Erweiterungen tätigen müsste. Dies wäre auch nicht gratis. Insofern müsste man diesen Vorschlag nochmals überdenken. Sie freut sich auf die Überweisung des Vorstosses, den der Gemeinderat sehr gerne kreativ und nachhaltig bearbeiten wird.

Barbara Fankhauser, SVP findet die Diskussion spannend. Es wird davon gesprochen, dass bald alle mit Elektro-Autos fahren. Die Votantin wird sicher kein Elektro-Auto nutzen. Vielleicht wäre es gut, wenn man gleich auch noch alles für wasserstoff-betriebene Fahrzeuge vorsehen würde. Das müsste dann auch noch eingebunden und abgeklärt werden. Sie findet es eine Unverschämtheit, davon auszugehen, dass alle mit Elektro-Autos unterwegs sein werden. Nein. Alle werden Velo fahren. Nein. Dies scheinen ihr komische Ansätze. Es kommt ihr fast so vor, als wäre man schon auf der anderen Seite der Kantons-grenze in Basel-Stadt. Solche Zustände möchten die Rednerin und zumindest ein Teil der Bevölkerung in Binningen eigentlich nicht.

Felix Gerber, glp würde es nicht gleich als Unverschämtheit bezeichnen. Aber natürlich hat seine Vor-rednerin Recht. Niemand kann in die Zukunft schauen. Man weiss nicht genau, wie die Mobilität ausse-hen wird. Es zeichnet sich einfach ab. Es scheint ihm aber durchaus eine Überlegung wert und man soll-te den Markt für Wasserstofffahrzeuge ebenso beobachten. Das ist sicher ein guter Punkt.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 31 JA / 7 NEIN (Abstimmung 07)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 8

Nr. 26

Postulat CVP/glp-Fraktion: Streetworkout-Anlage in Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Felix Gerber, glp dankt für die Kenntnisnahme des Postulats. Nach Ansicht des Votanten gibt es ver-schiedene gute Gründe, wieso sich die Gemeinde mit dem Bau einer solchen Anlage auseinandersetzen sollte. In der momentanen Pandemie-Situation ist es unbestritten, dass alle froh wären, um etwas mehr Möglichkeiten draussen Sport treiben und sich aktiv betätigen zu können. Aber auch ausserhalb dieser aussergewöhnlichen Situation gibt es gute Gründe für eine solche Anlage. Der wichtigste Aspekt scheint ihm die Gesundheit. Die Gesundheit ist das höchste Gut. Prävention ist die effizienteste Massnahme, um etwas für die Gesundheit zu tun. Wenn man hier als Gemeinde mit einer solchen Anlage etwas für seine Bürger beitragen kann, sollte man dies auf jeden Fall in Betracht ziehen. Neben dem gesundheitli-chen Aspekt kann eine derartige Anlage auch einen sozialen Mehrwert für Binningen darstellen. Es kann ein Treffpunkt für Hobby-Sportler jeden Alters sein. Es kann für Familien spannend sein, insbesondere auch für Jugendliche. Jugendliche wurden hier im Rat schon oft erwähnt und kritisiert. Er fände es eine gute Möglichkeit, ihnen Raum zu bieten, wo man im positiven Sinn Dampf ablassen kann.

Vandalismus sollte ebenfalls kein Thema sein im Zusammenhang mit dieser Anlage. Die Eisenstangen sind ziemlich robust. Wenn man sich Beispiele anschauen möchte, was eine solche Anlage auf sozialer Ebene bewirken kann, dann genügt der Blick zur Dreirosenbrücke. Dort steht seit einigen Jahren eine derartige Anlage. Vorher war es ein Problem-Areal, nun kann man dort an 365 Tagen im Jahr vorbeigehen und Leuten beim Sport machen zuschauen oder sich selbst betätigen. Die Zwischenbemerkung aus dem Rat hat der Votant akustisch nicht verstanden, wird aber später gerne nochmals auf das Beispiel Dreirosenanlage eingehen. Aus seiner Sicht ist dies ein sehr gelungenes Beispiel.

Zusätzlich schlägt die Fraktion vor, eine Erweiterung der Anlage mit Geräten, die für alle Leistungsniveaus zugänglich sind, in Betracht zu ziehen. Bei den reinen Eisenstangen braucht es doch etwas Kraft, damit man Spass hat. Es wurde aber sicherlich schon in vielen anderen europäischen Städten in Parks gesehen, wie Alt und Jung an etwas sanfteren Gerätschaften am Turnen sind. Betreffend den Standort ist klar, wenn man möchte, dass eine solche Anlage auch einen Treffpunkt-Nutzen erfüllt und rege genutzt wird, dann wäre ein zentrumsnaher Standort wünschenswert. Die CVP/glp könnte sich sogar vorstellen, dass man dies im Rahmen eines möglichen Schulcampus-Projekts andenken würde. Bezüglich Gesundheit und Aktivierung des Dorflebens würde eine derartige Anlage auf jeden Fall deutlich mehr leisten, als das bisher angedachte Kunstwerk. Und vielleicht auch fürs Auge. Eisenstangen mit turnenden Binner und Binnerinnen können durchaus auch für das Auge etwas Ästhetisches darstellen. In diesem Sinne möchte sich der Votant für die Unterstützung des Postulats bedanken.

Bettina Benthaus, SP wurde als Sportlerin beauftragt, hierzu etwas Positives zu sagen. Sie kann sich ihrem Vorredner nur anschliessen. Die Votantin ging letzte Woche in Reinach am Spielplatz vorbei. Dort gibt es eine solche Anlage, an der an diesem Tag einige junge Männer geturnt haben. Sie fand dies sehr ästhetisch. Auf die Dreirosenanlage wird sie nicht näher eingehen, das macht Felix Gerber später selbst. Es handelt sich um ein Postulat, d.h. prüfen und berichten. Die SP-Fraktion spricht sich daher sehr für eine Überweisung aus und ist gespannt, was hier berichtet wird.

Peter Frauchiger, FDP geht es wie seiner Vorrednerin. Als naturverbundener, sportbegeisterter Mensch wurde er auserwählt, zu diesem Postulat etwas zu sagen. Er nimmt es gleich vorweg: Die FDP ist für Überweisung des Vorstosses. Er hat vorhin viel von den Jungen gehört. Der Redner möchte die Alten – er sieht sich irgendwo dazwischen – auch begrüßen. Es ist für Jung und Alt. In diesem Sinn: Go for it.

Sirin Hauri, Grüne äussert, die Grüne/EVP-Fraktion finde das Postulat ebenfalls sehr begrüssenswert. Neben all den genannten positiven Aspekten erachtet sie es auch als sehr positiv, dass eine Freizeitbeschäftigung in der Nähe liegt und man keine langen Wege hat. Neben positiven Synergien, wenn es in der Nähe eines Spielplatzes oder einer Freizeit-Anlage ist, ist es der Fraktion auch sehr wichtig und sie geht davon aus, dass es nicht auf Kosten von jetzt schon knappem Freiraum für Kinder und Jugendliche realisiert werden wird. Die Votantin ist überzeugt, dass es eine tolle Sache wird, wenn man es kombinieren und die Anlage von verschiedenen Personen genutzt werden kann, auch wenn vielleicht nicht alle so ästhetisch aussehen beim sich sportlich Betätigen.

Hubert Steffen, SVP vermutet, bei ihm würde es wahrscheinlich nicht so ästhetisch aussehen, sondern eher abschreckend. Seine Fraktion unterstützt aber das Postulat für diese Freizeitanlage für Bewegungsfreudige. Es ist ihr jedoch ein Anliegen abzuklären, ob Förderbeiträge für die Anlage in Aussicht gestellt werden z.B. vom Sportfonds oder die Unterstützung von Firmen in Form von Gratisleistungen.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger, FDP bedankt sich für die positive Aufnahme. Die Postulanten haben mit ihrem Vorstoss nicht nur bei ihm sondern beim gesamten Gemeinderat offene Türen ingerannt. Der Gemeinderat hat sich solche Gedanken schon gemacht. Sein Ziel ist es, den Bericht zum Postulat sehr zeitnah in den Rat zu bringen, sodass die Anlage sicher bereits nach den Sommerferien in Betrieb genommen werden kann. Betreffend Kleinhüningen: Im Geschäft wurden extra zwei Foto-Beispiele anderer Gemeinden beigelegt. Das heisst nicht, dass es genauso aussehen wird. Man muss schauen, wie-

viel Platz zur Verfügung stehen wird. Wichtig scheint ihm nun, dass das Postulat überwiesen wird. Dann kann dies geprüft und dem Einwohnerrat berichtet werden.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 38 JA (Abstimmung 08)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 9

Nr. 27

Interpellation L. Sutter Rehmann, Grüne: Situation von geflüchteten Menschen in Binningen

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, dass die Interpellation vom Gemeinderat schriftlich beantwortet wurde. Er übergibt das Wort daher direkt an die Interpellantin für ihren Kommentar bzw. eine anfällige Antragstellung auf Diskussion.

Luzia Sutter Rehmann, Grüne bedankt sich beim zuständigen Gemeinderat herzlich für die Antworten. Zwischen Bund, Kanton und Gemeinden ist viel geregelt, auch die Aufnahme von Flüchtlingen. Das ist klar. Und doch gibt es zwischen diesen Instanzen immer wieder Gespräche, Aussprachen, Briefe und Forderungskataloge. Die Fraktion Grüne/EVP würde es begrüßen, wenn sich der Gemeinderat aber auch einzelne Einwohnerräte, die im Landrat sitzen, für eine weniger restriktive Handhabung der Einreise von Menschen auf der Flucht einsetzen würden. Schliesslich geht es bei dieser Interpellation um eine humanitäre Katastrophe und nicht um eine grundsätzliche Diskussion oder Abkehr der bisherigen Flüchtlingspolitik. Die Votantin findet, dies sei ein Unterschied. Der Schweizerische Städteverband hat sich bspw. Eingesetzt. Also ganz viele Gemeinden wie Zürich, Genf, Basel, Lausanne, Bern, Winterthur, Luzern, St. Gallen, Delsberg, Neuenburg, Aarau, Baden, Gossau und andere. Sie wären bereit, in diesem Fall mehr Personen aufzunehmen, da es gebrannt hat und wirklich katastrophal zu und her gegangen ist auf Moria. Die Fraktion freut sich aber auch, in der Antwort zu sehen, dass Binningen seine Aufnahmequote gut erfüllt. Umso mehr sollte der Gemeinderat ihrer Meinung nach mit Nachdruck auch von anderen Gemeinden einfordern, dass sie ihre Soll-Zahlen erfüllen. Dies legen sie dem Gemeinderat nun nachdrücklich ans Herz. Gerade weil Binningen seine Hausaufgaben macht, steht es der Gemeinde zu, die nötige Solidarität unter den Gemeinden einzufordern. Damit möchte die Rednerin dem Gemeinderat zwei Sachen mitgeben: Die Solidarität unter den Gemeinden unbedingt einzufordern und bei Kanton und Bund eine menschenwürdige Reaktion auf eine humanitäre Katastrophe zu erreichen.

BESCHLUSS

://: Die Interpellantin ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 10

Nr. 29

Interpellation St. Siegel, SVP: Vandalismus

Präsident Stephan Appenzeller, SP teilt mit, auch diese Interpellation ist vom Gemeinderat schriftlich beantwortet worden. Er übergibt das Wort an den Interpellanten für eine kurze Stellungnahme oder Antragstellung auf Diskussion.

Stephan Siegel, SVP findet die Fragen tiptopp beantwortet und bedankt sich dafür.

BESCHLUSS

://: Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats befriedigt.

Traktandum 11

Nr. 33

Interfraktionelles Postulat: Revision des Alterskonzepts der Gemeinde Binningen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Beatrice Büschlen, Grüne signalisiert, ihre Fraktion freue sich über die Bereitschaft des Gemeinderats, sich das Postulat überweisen und das Alterskonzept überarbeiten zu lassen. Das Alterskonzept aus dem Jahr 2012 sollte schon aus Gründen von Gesetzesanpassungen und Änderungen in der Finanzierung überarbeitet werden. Von den 22 Lücken, Schwachstellen und Verbesserungsvorschlägen im damaligen Bericht resp. Konzept wurden einige immer noch nicht geschlossen, umgesetzt oder es gab höchstens kleine Verbesserungen. Z.B. bei günstigen öffentlichen Transportmöglichkeiten in der Gemeinde, insbesondere auf den Friedhof, tut man sich immer noch schwer. Auch generationsübergreifende Projekte sind nach wie vor selten. Alternative Wohnformen wie betreute Wohngruppen und Alterswohngemeinschaften sind in Binningen schwer zu organisieren wegen zu hohen Wohnungsmieten oder zu kleinen Wohnungen. So oder so gibt es immer noch zu wenig altersgerechte Wohnungen zu erschwinglichen Preisen. Ganz allgemein herrscht in der häuslichen Pflege immer ein enormer Zeitdruck und die zwischenmenschlichen Beziehungen leiden darunter. Der Ausbau und das Angebot für die psychosoziale Betreuung ist immer noch nicht genügend. Gibt es überhaupt schon solche Angebote und werden sie angenommen? Die Betreuung und Beratung von Angehörigen hat sich mit der Beratungsstelle stark verbessert. Aber die Entschädigung und die Unterstützung von pflegenden Angehörigen ist nach wie vor ein Tropfen auf den heissen Stein. Die übergreifenden Ziele des damaligen Alterskonzepts resp. des Berichts gelten immer noch, sind aber wie erwähnt noch bei weitem nicht erfüllt. Die Grünen/EVP werden das Postulat überweisen und sind gespannt auf das Resultat.

Simone Abt, SP dankt dem Gemeinderat, der bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen und ihrer Vorrednerin für das hervorragende Votum. Es war derart hervorragend, dass sie nicht verlängern und einfach festhalten möchte, dass die SP den Ausführungen der Grünen vollumfänglich zustimmen kann. Die Fraktion bittet den Einwohnerrat, das Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

Daniel Setz, FDP nimmt vorweg, auch die FDP werde der Überweisung zustimmen. Im Rahmen des Vertrags zur Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch (ABS) hat man gesehen, dass Allschwil bereits ein Konzept hat und Binningen hier etwas im Hintertreffen ist. Um als gleichwertiger Partner auftreten zu können und da alle Ideen haben, bedeutet dies für die Fraktion, dass das Konzept schnellstens überarbeitet werden muss. Die FDP sagt Ja zu einem neuen und zeitgerechten Alterskonzept, das die Würde von Leuten, die zum Teil viele Jahre in Binningen gewohnt haben, respektiert. Ihrer Ansicht nach sollte es aber auch nachhaltig und langfristig finanziell tragbar sein.

Konrad Widmer, SVP macht klar, die SVP könne sich der Argumentation anschliessen. Die Fraktion spricht sich für Überweisung des Postulats aus.

Thomas Hafner, CVP erläutert, auch die CVP/glp-Fraktion bedanke sich beim Gemeinderat für den vorliegenden Bericht. Sie begrüsst, dass sich der Gemeinderat das Postulat überweisen lassen möchte. Mit der neu geschaffenen Versorgungsregion Allschwil, Binningen, Schönenbuch ist nun der richtige Zeitpunkt, auch das Binninger Alterskonzept zu überarbeiten. Das Binninger Alterskonzept stammt aus dem Jahr 2012. Der Redner war der Meinung, das Allschwiler Konzept sei aus dem Jahr 2011. Aber wenn dieses scheinbar bereits bereinigt wurde, dann ist das gut. Ob Schönenbuch auch ein Alterskonzept besitzt, ist der Fraktion nicht bekannt. Wichtig scheint ihr, dass die Prozesse den heutigen Bedürfnissen und Einwohnern angepasst und aktualisiert werden. Es gibt jetzt die Gelegenheit, vorhandene Ressourcen und bisherige Erkenntnisse hauptsächlich der Gemeinde Binningen aufzunehmen und anschliessend in einem Mitwirkungsverfahren die neue Zukunft zu gestalten. Die CVP/glp folgt dem Antrag des Gemeinderats und wird das Postulat überweisen.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP bedankt sich für die Voten und die interessanten, wichtigen Inputs. Es ist tatsächlich so, aus dem Konzept von 2012 ist heute einiges immer noch offen. Einige Sachen konnten angepackt und in eine Umsetzung gebracht werden, andere warten immer noch auf eine Umsetzung. Die Alterspolitik hat einen neuen Schub mit dem neuen Alters- und Betreuungsgesetz erhalten. Im Moment wird zusammen mit Allschwil und Schönenbuch sehr viel Arbeit in den Aufbau der Versorgungsregion gesteckt. Die Votantin ist der Ansicht, einige Sachen gilt es als Region anzupacken. Aber die Region braucht eine vorausschauende Strategie und ein Versorgungskonzept. Diese Sachen sind klar. Die wird man sich anschauen und die Binninger Bedürfnisse berücksichtigen. Der Gemeinderat wird dies gerne prüfen und berichten.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 38 JA (Abstimmung 09)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird an den Gemeinderat überwiesen.

Traktandum 12

Nr. 35

Interfraktionelles Postulat: Bonus für besondere Kita-Leistungen

://: Das Eintreten wird stillschweigend beschlossen.

GESCHÄFTSBERATUNG

Barbara Fankhauser, SVP erläutert, im Jahr 2017 wurde ein identisches Postulat an den Gemeinderat überwiesen. Die SVP war damals dagegen, man kann dies im Protokoll der Sitzung vom 6. November 2017 nachlesen. 2019 wurde das Postulat als erledigt abgeschrieben. Auch das kann man nachlesen im Protokoll vom 23. September 2019. Die Begründung, weshalb der Gemeinderat das Postulat zur Abschreibung empfohlen hat, kann man ebenfalls nachlesen. Die Votantin erlaubt sich, das Fazit aus dem Jahr 2019 zu zitieren: «Der Gemeinderat möchte als Basis dieser Überlegungen beim Status Quo bleiben und nicht auf die Begehren der Postulantinnen eintreten. Er will keine Leistungsvereinbarung mit den

Dienstleistenden abschliessen und auch keine Tarifierhöhung umsetzen. Zudem sieht er auch keine Dringlichkeit gegeben für eine Reglementsanpassung. Somit beantragt der Gemeinderat – das war wie gesagt im Jahr 2019 – dem Einwohnerrat, das Postulat als erledigt abzuschreiben.».

Was hat sich seit 2019 geändert? Einmal mehr wird ein erledigtes Postulat wieder aufgenommen. Einmal mehr werden Abstimmungsergebnisse missachtet. Plötzlich sollen doch wieder Objektfinanzierungen ins FEB-Reglement eingebaut werden. Mit dem FEB-Reglement wechselte man zur Subjektfinanzierung. Einmal mehr soll Geld, das Binningen nicht hat resp. nicht mehr haben wird, verteilt werden und zwar dort, wo die Bedürfnisse bereits anderweitig finanziell und durch die entsprechenden Angebote abgedeckt sind. Binningen ist nicht reich. Binningen kann sich dies nicht mehr leisten. Im Gegenteil. Die Fraktion sagt es nochmals. Die eine Seite redet immer vom ÖV und der Mobilität, die SVP spricht immer von den Steuern. Die Steuern werden sich erhöhen, die kantonalen ebenso wie die Bundessteuern. Zudem weiss man nicht, was die Auswirkungen von Corona für Binningen bedeuten werden. Der Gemeinderat hat dies als nicht bezifferbare Kosten ganz aus dem Budget weggelassen. Schon alleine deswegen findet die Rednerin, es würde ihren Kolleginnen und Kollegen gut stehen, den Blick für die Gesamtsituation zu öffnen und aufzuhören, Geld mit der Giessskane zu verteilen in der Hoffnung, sich profilieren zu können und bei den nächsten Wahlen noch ein paar Stimmen zu gewinnen. Nicht immer trifft das Sprichwort «Steter Tropfen höhlt den Stein.» zu. Die SVP-Fraktion wird das Postulat nicht überweisen.

Rahel Amacker, CVP legt dar, die CVP/glp-Fraktion unterstütze das Postulat, denn ihr ist eine qualitativ hochstehende Kinderbetreuung in Binningen wichtig. Sie finden es gut zu prüfen, wie besondere Leistungen wie die sprachliche Frühförderung, die Aufnahme von Kindern mit speziellen Bedürfnissen oder Malzeiten mit regionalen und saisonalen Produkten in Binningen belohnt werden können. Die Fraktion spricht sich dafür aus, sich mit Fragen zu beschäftigen wie: Was macht eine gute Kita-Qualität aus? Und wie kann die Qualität einer Kita honoriert werden? Neben einem möglichst grossen Handlungsspielraum für Eltern bei der Wahl eines geeigneten Betreuungsplatzes für ihr Kind sollen auch qualitative Merkmale der Kitas berücksichtigt werden. Zwei Punkte sind der CVP/glp dabei besonders wichtig. Erstens soll es klare Anstellungsbedingungen in den Kitas geben, sodass Praktikantinnen und Praktikanten eine Aussicht auf eine Lehrstelle haben. Für sie soll es eine Anschlussmöglichkeit geben. Zweitens ist es sinnvoll, mit der Sprachförderung früh zu beginnen, da dies im Endeffekt erheblich günstiger kommt, als wenn dies erst in späterem Alter geschieht. In diesem Sinn unterstützt die Fraktion die Überweisung des Postulats, welches die CVP mitunterzeichnet hat.

Anina Weber, SP freut es namens ihrer Fraktion, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf sieht und bereit ist, aktiv zu werden. Die SP findet den Mechanismus, mit Anreizen eine hohe Qualität und die Bezahlbarkeit sicherzustellen, eine gute Idee. Es geht nicht um die Profilierung für Wahlen, sondern um die Sicherstellung einer hohen Qualität. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist wichtig. Es ist auch aus volkswirtschaftlicher Sicht sehr interessant und ein Standortvorteil für Binningen. Die Rednerin ist der Ansicht, Binningen könne es sich nicht leisten, nicht gute Kitas zur Verfügung zu stellen. Die Votantin findet den Vorgehensvorschlag des Gemeinderats gut und bittet den Einwohnerrat, das Anliegen zu unterstützen und die Überweisung des interfraktionellen Postulats gutzuheissen.

Andrea Schilling, Grüne bedankt sich namens ihrer Fraktion beim Gemeinderat für die positive Reaktion auf das interfraktionelle Postulat. Der Wechsel von der Objekt- zur Subjektfinanzierung hat sich negativ auf die familienergänzende Betreuung ausgewirkt. So bedeuten Betreuungskosten für finanzschwache Familien teils eine grosse Belastung. Es darf nicht sein, dass ein Zweiteinkommen zu einem grossen Teil für Kita-Beiträge verwendet werden muss. Eine Überprüfung der Tarifverordnung ist in ihren Augen unerlässlich. Auch der Minimalstandard, den Kitas teils erfüllen, ist zu überdenken. Es geht darum, für Kleinkinder einen Ort zu schaffen, wo sie bestmöglich gefördert werden und sich bestmöglich entwickeln können. Das Postulat will mehr als den Minimalstandard. Es verlangt nach mehr Leistung und mehr Qualität.

Zusatzleistungen, die einen Mehrwert bringen, könnten einen neuen Leistungsauftrag definieren. Ein Bonussystem kann Anreize schaffen, dass Kitas spezielle Angebote erbringen, die entsprechend belohnt werden. Die im Postulat erwähnten Punkte zeigen einige sinnvolle, qualitätssteigernde Möglichkeiten, die die immer komplexer werdende Betreuung qualitativ verbessern können. So sind z.B. ein adäquater Betreuungsschlüssel, gut ausgebildetes Personal und eine regionale, frische Küche sehr vielen, wenn nicht allen Eltern wichtig. Ein Konzept für die sprachliche Frühförderung wäre ebenfalls sinnvoll. Es würde die Chancen für Kinder aus bildungsferneren und/oder fremdsprachigen Familien erhöhen und ihnen einen gleichberechtigten Einstieg ins Schulsystem ermöglichen, was auch Nachhaltigkeit bedeuten würde. Die Fraktion spricht sich für eine Überweisung des Postulats aus.

Thomas Häfele, FDP erklärt, wie bereits von Barbara Fankhauser ausgeführt, wurde das Geschäft Nr. 44 der letzten Legislatur mit identischem Titel vor weniger als 18 Monaten klar abgeschrieben. Es ist für die Fraktion befremdlich, dass man innert so kurzer Zeit das genau gleiche Postulat erneut in den Rat einbringt. Ob das replizierte Postulat nun schlechter Stil, Opportunismus oder eine unnötige Bemühung des Rats ist, sei dahingestellt. Er könnte nun nochmals das gleiche Votum halten wie vor 18 Monaten. Das macht er nicht, es gibt schliesslich Protokolle. Aber die Situation wie auch die Meinung der FDP ist unverändert. In Binningen gilt seit 2013 das Modell der Subjektfinanzierung in den Kitas. Dass das Modell Vorteile hat und funktioniert, wird auch von den Postulant*innen bestätigt. Im aktuellen Postulat wird – wie auch im Geschäft Nr. 44/XII – festgehalten, dass es ein Überangebot an Kitas in Binningen geben soll. Dadurch soll die Wirtschaftlichkeit nicht mehr gegeben sein. Belegende Aussagen werden keine geliefert. Der Fraktion sind keine Fälle bekannt, dass eine Binninger Kita aus wirtschaftlichen Gründen schliessen musste. Welche Branche soll Binningen als nächstes unterstützen? Gibt es ein Überangebot an Apotheken, Physiotherapeuten oder Blumengeschäften in Binningen? Die Subventionierung und Förderung eines Überangebots können nicht die Lösung für eine bessere Qualität sein.

Die Unterstützung von Betrieben, die aufgrund von zu viel Konkurrenz nicht wirtschaftlich sind, ist und soll nicht Aufgabe eines Gemeinwesens sein. Dem Votanten sind nicht viele positive Beispiele für sozialistische Planwirtschaft bekannt. Ein verbessertes Angebot einer Kita steigert automatisch die Attraktivität und dadurch das Interesse und die Nachfrage der Eltern. Die Gemeinde muss hier nicht künstlich intervenieren. Auch eine Erfüllung des Postulats würde die Situation der Binninger Kitas nicht verbessern. Es gibt eine Subjektfinanzierung. Jede Kita in der Region, in welcher Binninger Kinder betreut werden, wären subventionsberechtigt. Die Forderungen der Postulant*innen würde lediglich bedeuten, dass Binningen mit jeder Kita der Region eine Leistungsvereinbarung abschliessen müsste. Dies wäre mit einem enormen administrativen Aufwand verbunden. Bereits vor 18 Monaten hat die Fraktion der FDP darauf hingewiesen, dass eine Änderung des FEB-Reglements vom Modell der Subjektfinanzierung zurück zur Objektfinanzierung mit dem Instrument einer Motion beantragt werden müsste. Ein Postulat ist der falsche Weg für eine Reglementsänderung. Nach Ansicht der FDP ist eine Änderung des aktuell gültigen Fördersystems weder sinnvoll noch notwendig. Sie lehnt eine Einschränkung der Wahlfreiheit und zusätzliche Regulierungen ab. Die Rückkehr zu einer Objektfinanzierung ist der falsche Weg. Der Markt spielt und funktioniert. Die Fraktion spricht sich gegen eine Überweisung aus.

Gemeinderätin Barbara Jost, SP äussert, das Postulat sei tatsächlich nicht ganz neu. Es wurde wieder gestellt von einem neu zusammengesetzten Einwohnerrat. Die Qualität der Kitas scheint ein grosses Anliegen zu sein. Daher hat sich der Gemeinderat dazu entschieden, eine Überweisung zu beantragen, um zu prüfen, was tatsächlich zu machen ist. Gibt es im System der Subjektfinanzierung – ohne einen Wechsel zur Objektfinanzierung, wie man sie damals hatte. Als es Kitas gab, die wahnsinnig günstige Plätze anboten, sodass sie Wartelisten hatten, und andere, die ihre Plätze dafür nicht besetzen konnten, da sie zu teuer waren. – Möglichkeiten, trotzdem Anreize zu schaffen, um die Qualität der Kitas zu steigern. Das möchte der Gemeinderat prüfen. Die Rednerin ist der Ansicht, bei einem Blick auf den Rest der Schweiz sehe man, dass es derartige Möglichkeiten geben könnte.

Die Rednerin findet es sehr interessant, dass für eine Mehrheit die Sprachförderung sehr wichtig ist. Das Thema Sprachförderung wurde im Leimental gemeinsam angepackt. Es gibt eine komplett überprüfte Sprachförderung. Wenn sie sich nicht täuscht, sind daran vor allem die Spielgruppen beteiligt, aber nicht die Kitas. Es ist eine interessante Frage. Es gibt ein Konzept der frühen Sprachförderung und sogar Subventionszahlungen, aber es wird von den Kitas nicht genutzt. Warum nicht? Die zuständige Gemeinderätin ist der Meinung, dies sei eine Qualitätsfrage, der man durchaus einmal auf den Grund gehen könnte. Was ist hier möglich, damit die Qualität gesteigert werden kann? Dies scheint ein grosses Bedürfnis zu sein, sonst wäre der Vorstoss nicht schon wieder eingereicht worden.

Simone Abt, SP dankt Barbara Jost und dem Gesamtgemeinderat, dass er sich das Postulat überweisen lassen möchte. Vielleicht zur Abwechslung noch eine formal juristische Bemerkung: Das Abschreiben eines Postulats bedeutet keineswegs ein Abwerten des Anliegens, das damit zur Sprache gebracht wird, sondern lediglich, dass der bereits gestellte Prüf- und Berichtauftrag gewissenhaft erledigt wurde. Dann wird ein Vorstoss abgeschrieben. Das heisst aber noch lange nicht, dass das Anliegen erledigt ist resp. befriedigend erfüllt ist. Es wurde einfach geprüft und berichtet. Wenn der Rat nun wieder sagt: «Bitte prüft und berichtet», dann gibt er damit eine Option, auch etwas kreativ zu sein und Lösungen zu suchen, ohne eine Veränderung von Reglementen erzwingen zu wollen. Sie findet dies eigentlich grosszügig. Es sollte eine Chance sein. Es muss nicht zwingend eine Motion sein, so sind mehr Möglichkeiten offen. Der Gemeinderat kann anschliessend eine Reglementsänderung vorschlagen, wenn das denn der richtige Weg ist. Das ist aber vielleicht nicht der Fall. Bezüglich des Themas Subjekt- und Objektfinanzierung ist die Fraktion sozialdemokratisch eingestellt und nicht etwa sozialistisch. Es ist tatsächlich so, dass die Subjektfinanzierung den Graben zwischen etwas besser Betuchten und etwas weniger gut Betuchten eher öffnet als schliesst, was sie tendenziell weniger unterstützen. Genauso wie sie keine Fans der Subjektfinanzierung waren von Anfang an.

Marc Schinzel, FDP gesteht, seine Vorrednerin habe ihn herausgefordert wie es sich in einem Parlament gehöre. Daher muss er nun auch noch etwas sagen. Er findet, man solle ehrlich sein und sagen, dass man von der Subjektfinanzierung zur Objektfinanzierung zurückkehren möchte. Es wäre gescheiter und ehrlicher, dies offen zuzugeben. Im Postulat ist die Rede von gewinnorientierten Ketten gegen schöne, alte Binniger Stiftungen. Er möchte dazu folgende Anmerkung machen. Die sogenannte gewinnorientierte Kette hat eine Situation gerettet, die ein Binniger Lokalunternehmen schlicht an die Wand gefahren hat mit einem schlechten Betreuungsschlüssel, miserablen Anstellungsbedingungen und einem miserablen Ernährungskonzept. Dann kam die sogenannte Kette – es handelt sich um ein KMU, das ein Dutzend oder 20 Kitas betreut. Es ist kein Riesenunternehmen. – und hat die Situation gerettet. Es war nicht umgekehrt. Mit den Kriterien wird man einen riesigen Aufwand betreiben müssen. Es ist nicht einfach schriftlich, dafür muss man vor Ort gehen. Er möchte den Stab sehen, der dies vor Ort prüft. Und schliesslich ist es auch eine ganz heikle Sache punkto Gleichstellung. Es kann zu einem Problem werden, wenn die Kitas nachfragen, nach welchen objektiven Kriterien dies gemessen wird. Hier muss man sehr aufpassen, wenn es z.B. um das regionale, gesunde Essen geht. Der Votant warnt davor, dass dieser Schuss nach hinten losgehen kann und man eine Ungleichbehandlung der Gewerbetreibenden hat. Also nichts als Probleme. Daher rät er dazu, es bei der Subjektfinanzierung zu belassen.

ABSTIMMUNG

Überweisung Postulat: 18 JA / 20 NEIN (Abstimmung 10)

BESCHLUSS

://: Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.

Diversa

Gemeinderätin Eva-Maria Bonetti, FDP darf die erfreuliche Mitteilung machen, dass die Gemeinde ihre Rechnung 2020 mit rund 3,5 Mio. Franken besser als erwartet abschliesst. Das positive Resultat ist mehrheitlich höheren Steuereinnahmen auf der einen Seite, aber auch weniger Ausgaben auf der anderen Seite zu verdanken. Das tolle Resultat darf die Anwesenden aber nicht übermütig machen, denn man weiss noch nicht, welche möglichen Auswirkungen z.B. des Corona-Virus noch auf die Gemeinde zukommen werden. Momentan darf man sich aber sicher über das sehr gute Ergebnis freuen.

Einwohnerratspräsident Stephan Appenzeller, SP hat noch eine Information in eigener Sache. Eines der wichtigsten Geschäfte, die der Einwohnerratspräsident initiieren darf, ist der Einwohnerratsausflug jedes Jahr. Er ist sehr zuversichtlich, dass dieses Jahr ein derartiger Ausflug stattfinden kann, ist aber unsicher wann. Daher wurden im Büro zwei Termine ausgewählt. Einer Ende Juni, am Samstag, 26. Juni. Falls der Ausflug zu diesem Zeitpunkt von der Grösse oder vom Programm, das in Aussicht steht, noch nicht möglich sein sollte, gibt es einen Ausweichtermin am Samstag, 28. August. Beide Male ca. ab 15 Uhr open end. Er bittet die Anwesenden sich beide Termine provisorisch zu reservieren. Sobald klar ist, was wann stattfinden soll, folgt eine konkretere Einladung. Der Präsident würde sich über eine rege Teilnahme freuen.

Die nächste Sitzung findet am 3. Mai 2021 statt. Bis dahin wünscht er allen eine schöne Zeit und frohe Ostern. Damit schliesst er die Sitzung um 21.05 Uhr.

ER-Sitzung vom 22. März 2021

Nr.	Name	Fraktion	Gesch. Nr. 37			Gesch. Nr. 38	Gesch. Nr. 36	Gesch. Nr. 164/XII	Gesch. Nr. 25	Gesch. Nr. 26	Gesch. Nr. 33	Gesch. Nr. 35
			01	02	03	04	05	06	07	08	09	10
			Rückweisung Teilrevision Gemeindeordnung	Überweisung des Geschäfts in eine Kommission	Überweisung in GRPK (JA) vs. Spezko Immobilien-Strategie (NEIN)	Überweisung in Spezko Immobilien-Strategie	Genehmigung Kredit für zusätzliche Mikrofone	Genehmigung Schlussabrechnung Pionierfahrzeug Feuerwehr	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat	Überweisung Postulat
1	Bertschi	EVP	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
2	Büschlen	Grüne	Nein	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
3	Glaser	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
4	Hauri S.	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
5	Hauri U.	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
6	Schilling	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
7	Schwarb	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
8	Sutter Rehmann	Grüne	Nein	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
9	Wölnerhanssen	Grüne	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
10	Abt	SP	Nein	Not voted	Ja	Enthaltung	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
11	Appenzeller	SP	Nein	Ja	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
12	Benthaus	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
13	Büchelín	SP	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted	Not voted
14	Jehle	SP	Nein	Enthaltung	Enthaltung	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
15	Müller	SP	Nein	Ja	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
16	Schellenberg	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
17	Tribolet	SP	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
18	Weber	SP	Nein	Enthaltung	Ja	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
19	Alt	CVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
20	Amacker	CVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
21	Gerber	GLP	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
22	Hafner	CVP	Nein	Ja	Nein	Ja	Enthaltung	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja
23	Frauchiger	FDP	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
24	Frey	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
25	Fünfschilling	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
26	Häfele	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
27	Inäbnit	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
28	Maier	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
29	Meyer	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
30	Sala	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Not voted	Ja	Ja	Ja	Nein
31	Schinzel	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
32	Setz	FDP	Enthaltung	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
33	Zimmermann	FDP	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Ja	Nein
34	Blaser	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
35	Fankhauser	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
36	Keller	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
37	Oberli	SVP	Ja	Nein	Ja	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
38	Siegel	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
39	Steffen	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
40	Widmer	SVP	Ja	Nein	Enthaltung	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja	Ja	Nein
TOTAL												
			7	18	7	26	20	37	31	38	38	18
			29	15	24	10	12	0	7	0	0	20
			2	4	7	2	6	0	0	0	0	0
			38	37	38	38	38	37	38	38	38	38